

PROTOKOLL

zur öffentlichen Sitzung des Beirates beim Ortsamt Blumenthal
am Montag, 14. November 2011 um 19.00 Uhr
 in der Aula der Schule In den Sandwehen,
 Neuenkirchener Weg 119-121, 28779 Bremen

Anwesend:

Vom Ortsamt Herr Nowack, Vorsitzender - Frau Britt, Protokoll

Vom Beirat Herr Christahl, Herr Dettmer, Herr Humpe, Herr Klingenberg, Frau Kröger-Schurr, Frau Krohne (ab 19.35 Uhr), Herr Pfaff, Herr Schupp, Herr Schwarz, Herr Sociu, Frau Stitz, Herr Thormeier, Frau Zimmermann
 es fehlten: Frau Bensch, Herr Böcker, Frau Klinkmüller, Herr Schurr

Gäste

Polizeirevier Blumenthal: Herr Voß, Revierleiter

BREWA: Herr Timmer, Geschäftsführer

Wirtschaftsförderung Bremen GmbH: Herr Czellnik und Herr Ballhausen

Tagesordnung:

1. Protokollgenehmigung vom 12.09. und vom 10.10. 2011
2. Mitteilungen
 - 2.1. aus dem Ortsamt
 - 2.2. des Beiratssprechers
3. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
4. Bürger/Innen – Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
5. Bürger-Solaranlagen / Photovoltaikanlagen
Referent: Herr Nottelmann, Energie Konsens
6. Entwicklung auf den Flächen der ehem. Bremer Wollkämmerei
Bericht von der Wirtschaftsförderung
7. Entwicklungen bei der BREWA – Sachstandsbericht durch Herrn Timmer, Geschäftsführer
8. Anträge und Anfragen
- Die Linke
 - Antrag zur Durchführung von Strahlenmessungen im Ortsamtsbereich Blumenthal
 - Anfrage zu Antennenstandorten in Blumenthal
9. Beschlussfassungen
 - zum Bebauungsplan 922
 - 159. Änderung des Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre
10. Verschiedenes

TOP 1 Protokollgenehmigung vom 12.09. und vom 10.10. 2011

Das Protokoll vom 12.09.2011 wird genehmigt.

Die Genehmigung des Protokolls vom 10.10.2011 wird ausgesetzt.

TOP 2.1 Mitteilungen aus dem Ortsamt

- Die ALDI-Gruppe beabsichtigt in der Lüssumer Straße 139 einen neuen Markt zu eröffnen. Das Bauamt Bremen-Nord bezieht sich auf die Vorschriften des geltenden Bebauungsplans aus dem Jahr 1965 und lehnt das Vorhaben ab.

Der Beirat fordert das Bauamt Bremen-Nord auf, dem Investor eine Genehmigung zu erteilen und bleibt mit dem Bauamt im Gespräch.

- Der Wassersportverein Blumenthal bittet den Beirat um Unterstützung: Das Hafenbecken ist verschlickt und muss gespült werden. Für die Beprobung ist das Sportamt zuständig. Dieses hat mitgeteilt, dass dafür keine Mittel mehr vorhanden sind. Das würde bedeuten, dass eine Beprobung erst im Frühjahr 2012 stattfinden kann und die Spülung erst im Jahr darauf. Der Hafen fällt bei Niedrigwasser teilweise trocken. Einlaufende Sogwellen wirken bei niedrigen Wasserständen deutlich stärker auf Schiffe und Anlage. Die Gefahr von Beschädigungen wird immer größer.

Der Beirat fordert das Sportamt auf die erforderlichen Mittel für die Beprobung des Schlicks im Rönnebecker Hafen kurzfristig bereit zu stellen und dafür Sorge zu tragen, dass die erforderliche Entschlickung turnusgemäß stattfindet.

Der Beirat beschließt dies einstimmig.

TOP 2.2. Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Dettmer berichtet, dass sich die Beirätekonzferenz konstituiert hat und eine Geschäftsordnung beschlossen wurde.

TOP 3 Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Keine

TOP 4 Bürger/Innen – Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Ein Bürger (1) beantragt, dass der Beirat für Sauberkeit an der Bushaltestelle im Neuenkirchener Weg sowie auf den Flächen der Grundstücke Neuenkirchener Weg 57-61 sorgt.

Ein Bürger (2) erklärt, dass bereits vor Jahren an der Lüssumer Straße ein ALDI-Markt war, der geschlossen wurde und als Bauruine hinterlassen wurde. Er hält es nicht für klug, dort wieder einen solchen Markt zu errichten.

Frau Brost von der KiTa Haus Blomendal beantragt die Unterstützung des Beirates zur Errichtung einer Krippe und der Erweiterung der Hortplätze. Der Beirat unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Ein Bürger (3) fragt, ob die Protokolle der öffentlichen Sitzungen einsehbar sind.

Der Vorsitzende weist auf die Internetseite des Ortsamtes hin – erklärt aber, dass wegen personeller Engpässe, diese zurzeit nicht aktuell ist. Protokolle können nach Absprache im Ortsamt eingesehen werden.

Eine Bürgerin (4) der Wierenstraße ist der Ansicht, dass es bereits zu viele Supermärkte gibt. Damit verbunden ist auch eine Lärmbelästigung für die Anwohner.

Ein Bürger (5) schlägt vor die ehem. Fleischerei am Neuenkirchener Weg wieder zu beleben.

TOP 5 Bürger-Solaranlagen / Photovoltaikanlagen

Vom Energie Konsens (Klimaschutzagentur Bremens) sind Herr Nottelmann und Herr Pelzl erschienen. Anhand einer Präsentation (**Anlage**) stellen sie die Möglichkeiten vor.

Herr Pelzl berichtet, dass die Agentur seit 1997 aktiv ist. Sie ist gemeinnützig und unabhängig tätig. Bisher ca. 450 Projekte abgewickelt wurden, die von der

Stadtgemeinde Bremen, der swb AG und EWE spenden-finanziert wurden. Er weist darauf hin, dass keine wirtschaftlichen Interessen dahinter stehen. Seit kurzem sind sie auch in Westerstede, Bremerhaven und Bremervörde tätig.

Ziel ist es die CO₂ Emission im Rahmen des Klimaschutzes senken.

Fragen aus dem Beirat

- Wie macht Energie konsens auf sich aufmerksam? Wie wird Werbung betrieben?

Bisher gibt es kaum Werbung. Es wird aber daran gearbeitet um bessere Kommunikation zu betreiben.

- Was ist mit der Wirtschaftlichkeit? Wird zu 100% finanziert oder ein Eigenanteil gefordert?

Das hängt von der Größe der Fläche ab. Die „Basisausstattung“ ist immer gleich; Fixkosten plus Fläche. Je größer die Fläche, desto größer der Zuschuss. Maximal gibt es Zuschüsse bis zu 15.000 €, bzw. ca. 40% Förderung bei 15 KW p.

Voraussetzung ist, dass die Dachfläche relativ neu saniert ist – wenn das Dach erst restauriert werden muss sind die Kosten für die Arbeiten und den Aufbau sehr teuer.

- Wird die Hausratversicherung wegen des erhöhten Aufwandes bei Feuer teurer?

Das ist nicht bekannt. Vor dem Bau einer solchen Anlage sollte sich sowohl mit dem Eigentümer (bei Schulen wäre das Immobilien Bremen) und der Versicherung abgesprochen werden. Grundsätzlich hat die Bremer Feuerwehr nichts gegen den Einbau von Solaranlagen.

- Wie kann der Beirat unterstützen?

Es müssen geeignete Dachflächen gefunden werden. Es gibt versch. Möglichkeiten der „Partnersuche“; z.B. Vereine, BUND. Musterverträge sind auf der Internetseite abrufbar.

- Wie viel m² sind 15 KW p ?

Ca. 800 Watt pro m²; entspricht ca. 120 m².

Der Beirat beschließt einen „Aufruf“ in der Bevölkerung zu starten. Interessierte BürgerInnen und Gewerbetreibende können sich an das Ortsamt wenden. Die Dachfläche muss eine Mindestgröße von 150 m² haben. Neigung und Ausrichtung werden durch Energie Konsens überprüft. Die Statik ist vom Eigentümer darzulegen. Das Ortsamt wird den Kontakt zum Energie Konsens herstellen.

Immobilien Bremen soll aufgefordert werden zu prüfen inwieweit Dächer von Schulen für eine Solaranlage geeignet sind.

TOP 6 Entwicklungen auf den Flächen der ehem. Bremer Wollkämmerei

Bericht von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen, Herr Czellnik.

Die Stadtgemeinde Bremen beabsichtigt die restlichen Flächen der BWK in Größe von 9,2 Hektar für 3 Mio. € zu erwerben (Tischvorlage).

Die historischen Gebäude auf dem Gelände, das ehem. Verwaltungsgebäude und Lagerhallen sollen erhalten bleiben. Die historische Achse soll als Fußgängerzone, evtl. auch für PKW -aber verkehrsberuhigt- angelegt werden. Geplant ist, den LKW-Verkehr über die Straße „Zur Westpier“ zu leiten. Die Straße „Zum Kammstuhl“ soll ausgebaut werden; dafür muss die Halle 220 abgerissen werden und eine Wendeschleife wird den Verkehr auf die Straße „Marschgehren“ zurückführen.

Die Sanierung der historischen Gebäude wird ca. 11 Mio. € kosten. Ziel ist die Hallen einzeln zu vermieten und eher eine gewerbliche, höherwertige Nutzung zu gestatten um Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Gestaltung der historischen Achse mit Südanbindung und Ringschluss der Hauptverkehrsstraße schlägt mit weiteren 8,2 Mio. € zu Buche.

Fragen aus dem Beirat

Frau Krohne fragt nach Altlasten; gibt es ein entsprechendes Bodengutachten? Wird der große, weiße Schornstein wieder abgebaut?

Herr Czellnik antwortet, dass das Gelände auf Altlasten geprüft wurde. Es wurden nur wenig Altlasten gefunden, von denen keine Gefahr ausgeht. Zum Schornstein kann er keine Angaben machen

Frau Kröger-Schurr fordert eine genaue Kostenaufstellung für die Maßnahmen. Findet eine Schadstoffprüfung statt vor dem Ankauf? Gibt es ein Konzept – was ist mit dem „Gewinnerentwurf“ des sogen. Masterplans?

Bisher wurde viel Zeit und Geld (aus Steuergeldern) investiert – passiert ist sonst nichts.

Bereits im Jahr 2002 wurden 14,5 Mio. € in einen Ankauf investiert (22 ha – pro m² 83,64 €), 2005 erneut 8 Mio. € für Erschließungsgelder und 10 Mio. € hat der Denkmalschutz und Sanierungsbedarf gekostet.

Herr Schwarz fragt nach Folgekosten für die Bereinigung des Geländes. Wann wird mit dem Hochwasserschutz und der Deicherhöhung begonnen? Hat das Gebäude 144 (Tischlerei Röhrs) Bestandsschutz? Ist die Nutzung der Kaje in den Planungen enthalten? Gibt es Interessenten, die den Seeweg nutzen wollen?

Herr Czellnik antwortet:

- Eine Altlastenuntersuchung hat bereits stattgefunden. Es gibt Auffüllungen, die jedoch als ungefährlich eingestuft sind und bei einer gewerblichen Nutzung verbleiben können.
- Das Gebäude 144 soll erhalten bleiben.
- Der Hochwasserschutz liegt in der Verantwortung des Umweltressorts.

Die Kaje ist nur für reine Binnenschiffe geeignet. Nutzung z.B. für Windenergie würde eine größere Anlage benötigen. Es wird überprüft, ob über das Egerland-Gelände angelegt werden kann. Es gibt derzeit keine Interessenten dafür.

- Die Architekturbüros aus dem Wettbewerb des Masterplans sind in die Planungen der Freiraumplanung eingebunden.
- Eine Kostenaufstellung der bisherigen Erschließungsarbeiten wird nachgereicht.

Herr Schwarz fragt nach: Hat sich bisher ein Gewerbetreibender gemeldet, der die Kaje nutzen möchte.

Herr Ballhausen antwortet: Nein, es gibt keinen Interessenten.

Fragen aus der Bevölkerung

Bürger (1) fehlt ein Konzept für das gesamte Gelände.

Herr Czellnik erklärt, dass zunächst die erhaltenswerten Hallen erschlossen werden und eine schnellstmögliche Vermarktung geplant ist. Zwischennutzungen sind nötig um Einnahmen zu erzielen. Ziel ist ein komplett erschlossenes Gebiet anzubieten um Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Kosten fallen in Höhe von 11 Mio. € an für die Erhaltung von historischen Gebäuden, Sanierung der Arkadengebäude an der Landrat-Christians-Straße, Sanierung der Hallen 200, 210, 220 und der technischen Verwaltung; Kosten für die Erschließung (historische Achse) und, wie eingangs erklärt, der Ringschluss der Hauptverkehrsachse.

Ein Bürger merkt an, dass die Arbeitsplatzdichte nicht, wie in 2002 prognostiziert wurde, erreicht wurde.

Herr Christahl fragt nach der Wirtschaftlichkeit.

Herr Czellnik erklärt, dass diese sich deckt durch die Mieten und Verkauf. Mehr Arbeitsplätze führen zu mehr Steuereinnahmen.

Frau Krohne stellt folgenden Antrag:

Der Beirat soll über Lage, Art und Ort, Beschaffenheit und Mängel der Altlasten informiert werden.

Herr Czellnik wird das Gutachten dem Beirat zur Verfügung stellen.

Abstimmung: 9-Ja Stimmen, 4 Enthaltungen.

TOP 7 Entwicklungen bei der BREWA – Sachstandsbericht durch Herrn Timmer, Geschäftsführer

Herr Timmer erklärt, dass es derzeit ca. 250 Arbeitsplätze auf dem Gelände gibt. Er empfindet es als „anmaßend“, wie zum Teil über die ansässigen Firmen gesprochen wird.

Als Geschäftsführer der BREWA bekennt er sich zum Masterplan auf dem Gelände. Er befürwortet die Öffnung zur Weser, Radfahrwege fördern.

Nachfolgende Maßnahmen bei der BREWA und Heizkraftwerk wurden zum Teil und sollen demnächst umgesetzt werden:

- Der LKW-Verkehr zum Kraftwerk wird durch eine private Straßenerschließung über die Straßen „Zur Westpier“ und „Marschgehren“ geführt. Damit wurde eine lange vom Beirat geforderte Maßnahme umgesetzt.
- Die Kläranlage am Standort der BREWA wurde zu zwei Dritteln stillgelegt.
- Die Feuerungsanlage der BREWA für die Verbrennung von heizwertreichen flüssigen Abfällen soll Anfang 2012 stillgelegt werden.
- Die Leistung der Eindampfanlage am Standort der BREWA wird um ca. 70 % reduziert.
- Zur Vermeidung von diffusen Emissionen soll für Tank und Behälterlüftungen ein zusätzlicher Biofestbettreaktor in Betrieb genommen werden.
Entsprechende Genehmigungsanträge wurden gestellt.

BREWA und Heizkraftwerk wollen mit den Bürgern Blumenthal und der Unterstützung der Wirtschaftsförderung Bremen ein vernünftiges Gewerbegebiet schaffen.

Die Anlagen beider Unternehmen sind nach dem Bundesemissionsschutzgesetz genehmigt. Der Standort soll auch in Zukunft weiter entwickelt werden.

- Versuchsweise sollen, über einen Zeitraum von 2 Jahren, kleine Mengen an Algensuspensionen, welche aus der Versuchsreihe der Jacobs University stammen, eingedampft werden.

Frau Kröger-Schurr stellt folgende Fragen:

Kläranlage BREWA wurde zu zwei Drittel stillgelegt

- Welche Abwässer werden derzeit noch geklärt, wo kein Wollwaschwasser mehr anfällt?
- Ist ein Rückbau geplant bzw. wofür wird die ein Drittel Kapazität benötigt?

Stilllegung der Feuerungsanlage für Anfang 2012 in Planung

- Wie wird die Stilllegung begründet? Veraltete Technik oder Alter der Anlage?
- Gibt es Pläne zum Rückbau?
- Wer trägt die Kosten des Rückbaus?

Die Eindampfanlage wird um 70 % reduziert

- Welche Stoffe werden derzeit noch eingedampft?
- Wohin wird das „Eingedampfte“ transportiert?

- Woher kommt die Energie für das Eindampfen (HKW? Rohrleitungen auf dem BWK-Gelände?)

Inbetriebnahme eines Biofestbettreaktors

- Wurden durch fehlende technische Einrichtungen in der Vergangenheit diffuse Emissionen aus den Tank- und Behälterlüftungen freigesetzt?

Eindampfung von kleinen Mengen an Algensuspensionen

- Von wie viel Kubik an Algensuspensionen sprechen wir, wenn es um kleine Mengen geht?
- Bezieht es sich auf die noch verbleibenden 30 % der Eindampfanlage?
- Soll durch die kleinen Mengen an Algensuspensionen aus dem Projekt der Jacobs University Bremen der Rückbau der großen BREWA-Anlage um 2 Jahre nach hinten verschoben werden?

Herr Timmer antwortet:

Zur Kläranlage: Die Infrastruktur ist so, dass sowohl HKW und BREWA an dieser Kläranlage angebunden sind. Die Stilllegung des Kraftwerkes ist darin begründet, dass durch den Wegfall der BWK als Energieabnehmer ein gewisser Energieüberschuss vorhanden ist und im Verbundsystem mit dem Kraftwerk die Energie fremd bezogen werden kann und nicht mehr selber produziert werden muss. Die Eindampfanlage wird in das System Wasserrückgewinnung eingebunden mit dem Kraftwerk. Es ist geplant weitere Abwässer von anderen Unternehmen einzudampfen, soweit dies wirtschaftlich ist. Dabei sollen energiehaltige Konzentrate gewonnen werden, die Kunden zur thermischen Verwertung angeboten werden. Die Kapazität wird sich erheblich reduzieren. Die bisherigen 250.000 Kubikmeter pro Jahr werden sich um ca. 20-30 % reduzieren. Die Teile der Anlage, die nicht mehr benötigt werden, werden zurückgebaut. Die Kosten dafür übernimmt die BREWA. Für evtl. Leitungen wird die HKW aufkommen. Die Eindampfung von Algen ist ein Versuchsprojekt. Es wird geprüft, inwieweit man aus den Algen verwertbare Biomasse gewinnen kann.

Frau Krohne hat folgende Fragen:

- Zur Kläranlage, die zu zwei Drittel stillgelegt wird. Werden Teile der Anlage rückgebaut oder wird die Menge in den Klärbecken reduziert?
- Wird der Anteil endgültig stillgelegt oder kann er in Zukunft wieder aufgenommen werden?
- Beziehen sich die zwei Drittel auf die seinerzeit genehmigte Verbrennungskapazität oder auf Lager- und Umschlagseinrichtung?
- Zur Stilllegung der Feuerungsanlage: Was wird noch zurzeit dort verbrannt?
- Wird sie endgültig stillgelegt und abgebaut?
- Gibt es Altlasten im Bereich der Tanks? (Stellfläche ist nicht versiegelt)
- Was für Flüssigkeiten werden in der Anlage eingedampft?
- Wie laufen die Eingangskontrollen für die zu verbrennenden Stoffe zurzeit?
- Zu den diffusen Emissionen: wie wurden diese bisher vermieden – wie arbeitet der Reaktor genau? Was für Tanks und Behälter werden dann noch entlüftet, wenn soviel stillgelegt wird?
- Zu der Eindampfung von Algen: welche Emissionen – wie z.B. Gerüche ergeben sich dabei?
- Warum stinkt es immer noch nach Müll (Bereich Marktplatz)?

Herr Timmer erklärt, dass einiges bereits beantwortet wurde.

Zur Stilllegung der Kläranlage: es liegt eine wasserrechtliche Genehmigung von 2010 vor, die Anlage zu zwei Dritteln zu betreiben. Jede Änderung müsste bei der Wasserbehörde beantragt werden.

Altlasten können beim Altlasten-Kataster eingesehen werden.

Gerüche aus Eindampfanlagen sind absolut gekapselt – kein offenes System. Weder bei der Eindampfung von Algen noch von anderen Stoffen gibt es Abluftströme. Es werden Filter eingebaut, es wird keine Geruchsbelästigung geben.

Wenn es wirtschaftlich Sinn macht, werden neue Anlagen gebaut werden. Derzeit wird die Anlage mit kleinen Kapazitäten laufen.

Die Fragen gehen sehr ins Detail. Herr Timmer bietet Frau Krohne an, diese in einem Gespräch zu erörtern.

Fragen aus der Bevölkerung

Ein Bürger fragt:

- Wird der Kamin abgerissen – wenn Ja, bis wann?
- Vor Jahren mussten Fremdstoffe/Abfälle zugekauft werden um die Anlage auszulasten – wie kann es angehen, dass nun Teile der Anlage zurückgebaut werden können?

Herr Timmer:

Der Kamin und auch der Kessel bleiben stehen um zukünftige Optionen offen zu halten. Die Anlage besteht aus mehreren Stufen und kann beliebig kleiner betrieben werden.

Es ist nicht geplant in den nächsten 5-10 Jahren irgendwelche Abfälle zu verbrennen.

Die Anlage hat ein geschlossenes System, es wird abgesaugt. Der Müllgeruch kann aus Containern oder Fahrzeugen kommen. Es finden jedoch täglich Begehungen statt, auch das Gewerbeaufsichtsamt prüft regelmäßig und unangekündigt. Es wurden keine Belästigungen festgestellt.

Zu TOP 6

Ankauf der restlichen BWK Flächen durch die Stadtgemeinde Bremen

Abstimmung:

Frau Krohne stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung:

Zurückstellung der Abstimmung, bis ein Ergebnis zur ihrem heute gestellten Antrag zum Altlastengutachten vorliegt.

Herr Dettmer spricht dagegen.

Abstimmung über die Aussetzung der Abstimmung über den Ankauf der BWK-Flächen:

Mit 3-Ja Stimmen, 7-Nein Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ankauf der restlichen BWK-Flächen durch die Stadtgemeinde Bremen.

Abstimmung:

Der Beirat stimmt dem Ankauf mit 9-Ja Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

TOP 8 Anträge / Anfragen

- Frau Krohne, Die Linke

Antrag auf eine Sondersitzung; Anhörung der Tondatei vom 27.06.2011

Frau Krohne zieht den Antrag zurück.

- Frau Krohne, Die Linke

Anfrage zu Antennenstandorten in Blumenthal

Frau Krohne erläutert dazu, dass die letzten Messungen in 2003 und 2007 vorgenommen wurden. Einige Bürger haben ihr erzählt, dass deren Handys sich in bestimmten Räumen ihres Hauses sehr schnell entladen haben.

Herr Schwarz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Das Thema soll in den Ausschuss Umwelt/Gesundheit überwiesen werden.

Abstimmung: **Mit 10-Ja Stimmen, 1-Nein Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.**

- Frau Krohne, Die Linke

Antrag zu Strahlenmessungen in Blumenthal

Herr Schwarz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Das Thema soll in den Ausschuss Umwelt/Gesundheit überwiesen werden.

In der nächsten Sitzung des Koordinierungs- und kleinen Bauausschusses soll konkret geklärt werden, in welchem Ausschuss/Ausschüsse die Themen behandelt werden.

Abstimmung: **Mit 11-Ja Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.**

Herr Thormeier schlägt vor dazu einen Vertreter der Bundesnetzagentur einzuladen.

- Frau Kröger-Schurr, Bündnis 90/die Grünen

Einrichtung einer Palliativstation in Bremen-Nord.

Abstimmung der Dringlichkeit: **Mit 10-Ja Stimmen, 1-Nein Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.**

Der Antrag wird einstimmig verabschiedet.

Herr Dettmer bittet, in diesem Zusammenhang den Beschluss des Beirats zur Einrichtung eines Herzkathederlabors in Bremen-Nord zu wiederholen, da es bisher keine abschließende Beantwortung dazu gibt.

Anträge an die Stiftung Wohnliche Stadt

- Strom- und Wasserversorgung auf der Bahrsplate
- Bänke und Mülleimer auf der Bahrsplate
- Antrag der Schule In den Sandwehen für ein Kleinspielfeld

Alle Anträge werden einstimmig verabschiedet und weitergeleitet.

TOP 9 Beschlussfassungen

- zum Bebauungsplan 922

Anhörung des Beirates hat in der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Energie am 13.10.2011 stattgefunden. Dem Votum des Beirats wurde dort nicht entsprochen.

Gemäß §9 (1 und 3) und §11 (1) soll der Beschluss des Beirats der Stadtbürgerschaft vorgelegt werden.

Abstimmung: **Der Beirat beschließt dies einstimmig.**

- 159. Änderung des Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre

Anhörung des Beirates hat in der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Energie am 13.10.2011 stattgefunden. Dem Votum des Beirats wurde dort nicht entsprochen.

Gemäß § 9 (1 und 3) und § 11 (1) soll der Beschluss des Beirats der
Stadtbürgerschaft vorgelegt werden.

Abstimmung: **Der Beirat beschließt dies mit 11-Ja Stimmen und 2 Enthaltungen**

Herr Schwarz erinnert, dass die Senatskanzlei hierzu eine juristische Stellungnahme
abgeben soll.

TOP 10 Verschiedenes

- 19.11.2011 um 11.00 Uhr Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung und Umwelt
- 19.11.2011 um 15.00 Uhr – Ehrung des Weltmeisters im Gewichtheben Jan
Struve (DOKU Heidbleek)
- 21.11.2011 Sitzung Koordinierungsausschuss
- 07.12.2011 Bürgerversammlung um 19.00 Uhr Eggestedter Schule

Ende der Sitzung 21.35 Uhr

____gez. Nowack_____
Der Vorsitzende

____gez. Schwarz_____
stellvertr. Beiratssprecher

gez. Britt
Protokoll